



Hintergrunddokument

Das erste Nationale Armutsmonitoring 2025

Im Rahmen von:

Bericht des Bundesrats

Datum: 01.12.2025

Themengebiet: Armut, Sozialpolitik

Mit dem nationalen Armutsmonitoring liegt erstmals ein breit abgestütztes und thematisch umfassendes Referenzwerk zur Armut in der Schweiz vor. Die zentralen Erkenntnisse dieses Berichtes sind in diesem Hintergrunddokument zusammengefasst.

Armut im Überblick

Stabile Quote, aber keine Reduktion

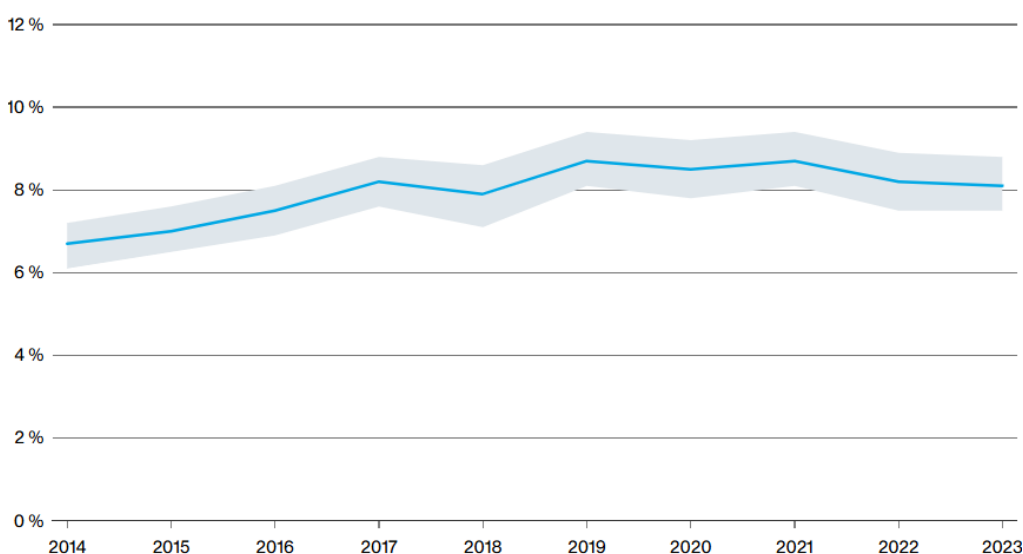
Von 2014 bis 2017 ist die Quote der **Einkommensarmut** in der Schweiz angestiegen. Seither bewegt sie sich zwischen rund 8% und 9%. 2023 reichte für 8,1% der ständigen Wohnbevölkerung das Haushaltseinkommen mit Sozialleistungen nicht aus, um das soziale Existenzminimum zu gewährleisten.

Die Schweiz hat sich in der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und in der Legislaturplanung des Bundesrates verpflichtet, die Armut langfristig zu reduzieren.

Eine Person gilt als arm, wenn ihr Haushaltseinkommen – nach Berücksichtigung aller Einnahmen, einschliesslich Sozialleistungen und privater Transferzahlungen – unter dem sozialen Existenzminimum liegt. Dieses orientiert sich an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die Definition bildet auch die Grundlage der Armutsstatistik des BFS.

Quote der Einkommensarmut, 2014–2023

■ 95%-Konfidenzintervall



LA0211.25.V1.23.d

Quelle: BFS – SILC 2014–2023, © BSV 2025

Wie hoch ist die Altersarmut?

Die Quote der Einkommensarmut von Personen im Rentenalter ist ungefähr doppelt so hoch wie jene der 0- bis 64-Jährigen. Im Rentenalter können jedoch Vermögen eine wichtige Rolle spielen. Nach Berücksichtigung der finanziellen Reserven reduziert sich deshalb die Armutsquote von Personen im Rentenalter um rund die Hälfte (2022: von 14,8% auf 7,3%). Weil die benutzten Vermögensdaten einen experimentellen Status haben und aktuell nur für zwei Jahre (2020 und 2022) genutzt werden können, bleibt die Einkommensarmut der zentrale Referenzpunkt der statistischen Armutsberichterstattung.

Wer lebt knapp oberhalb der Armutsgrenze?

Die Armutsgrenze vermittelt den Eindruck einer klaren Trennlinie. Es leben aber viele Menschen im unmittelbaren Umfeld der Armutsgrenze. Sie wandern bei kleinen Schwankungen des Haushaltseinkommens statistisch in die Armut hinein oder aus ihr hinaus. Eine Erhöhung des sozialen Existenzminimums um monatlich 500 Franken würde die Armutsquote ungefähr verdoppeln¹. Haushalte mit Kindern leben vergleichsweise häufig knapp über dem sozialen Existenzminimum. Für armuts- und sozialpolitische Fragestellungen ist es wichtig, diesen Sachverhalt im Blick zu behalten.

Wie dauerhaft ist Einkommensarmut?

Armut in der Schweiz ist selten dauerhaft – doch sie kehrt häufig zurück. Rund die Hälfte der Menschen, die sich aus der Armut befreien, erleben innerhalb von fünf Jahren eine erneute Armutsepisode. Wer längere Zeit in Armut verbleibt, hat zudem immer geringere Chancen, sich daraus zu lösen. Etwa ein Zehntel aller Personen in Einkommensarmut verbleibt über viele Jahre in dieser Situation.

Antworten auf die Frage, ob Armut auch über Generationen hinweg weitergegeben wird, sind bezüglich der Datengrundlagen und Methoden sehr anspruchsvoll. Bestehende Analysen beruhen meist auf subjektiven Rückblicken auf die finanzielle Situation im Elternhaus. Sie zeigen, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen einer schlechten finanziellen Situation im Elternhaus und Deprivationserfahrungen im Erwachsenenalter gibt.

Was löst Armut aus?

Auslöser von Armut sind häufig kritische Ereignisse im Lebensverlauf, wie Krankheit, Trennung, Verwitwung oder Arbeitsplatzverlust. Die Risiken treffen aber nicht alle Menschen in gleichem Masse, die soziale Stellung spielt eine wichtige Rolle. Besonders gefährdet sind Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss oder Menschen aus Drittstaaten. Die Armutsquoten von Nichterwerbstätigen, Alleinerziehenden, kinderreichen Paarfamilien oder Alleinlebenden sind im Durchschnitt höher.

Wie beeinflusst Migration das Armutsrisiko?

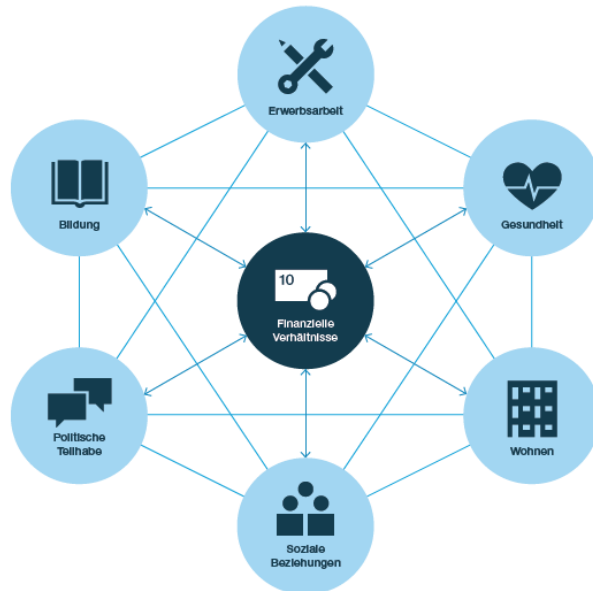
Ausländerinnen und Ausländer sind in der Schweiz häufiger von Armut betroffen als Schweizerinnen und Schweizer. Dabei ist die Gruppe sehr heterogen: Zuwanderungsgrund, Aufenthaltsstatus, Bildungsniveau, Erwerbsbiografie und Migrationserfahrung unterscheiden sich stark. Während das Armutsrisiko für Personen aus EU/EFTA-Staaten mit 5,6% vergleichsweise gering ist, liegt es für Personen aus Drittstaaten bei 11,7%². Diese Unterschiede deuten auf eine Kombination aus strukturellen Barrieren und individuellen Herausforderungen hin: Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (z. B. bei der Stellensuche), fehlende oder nicht anerkannte Qualifikationen aus dem Heimatland, aufenthaltsrechtliche Hürden oder sprachliche Barrieren sind Herausforderungen beim Zugang zu Erwerbsarbeit, Bildung und sozialer Absicherung. Auch fehlende soziale Netzwerke oder mangelnde Systemkenntnis können sich nachteilig auswirken.

¹ Der Betrag von 500 Franken bezieht sich auf Einpersonenhaushalte. Bei Mehrpersonenhaushalten wird das soziale Existenzminimum - relativ betrachtet - im selben Umfang angehoben.

² Bezieht sich auf Haushalte in der Erwerbsphase.

Armut ist mehr als Geldmangel

Armut ist mehrdimensional: Mehr als 80 Prozent der einkommensarmen Menschen sind zusätzlich in mindestens einer weiteren Lebensdimension eingeschränkt, zum Beispiel Bildung, Erwerbsarbeit, Gesundheit, Wohnen, soziale Beziehungen und politische Teilhabe. So weisen einkommensarme Menschen deutlich häufiger einen schlechten Gesundheitszustand auf. Rund die Hälfte leidet an einer chronischen Erkrankung. Auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist eingeschränkt: 10% verzichten aus finanziellen Gründen auf notwendige Zahnarztbesuche, verglichen mit nur 4% in der übrigen Bevölkerung.



LA009025V108.d

Im Bereich Wohnen zeigen sich markante Unterschiede: 90 Prozent der einkommensarmen Personen geben mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Wohnkosten aus, während es bei den nichteinkommensarmen Personen nur rund 8 Prozent sind. Zudem leben sie mehr als doppelt so häufig in überbelegten Wohnungen – mit Folgen für Wohnqualität und Rückzugsmöglichkeiten.

Subjektive Armut – die Erfahrungen der Betroffenen

Zu den objektiven Benachteiligungen, die mit Einkommensarmut verbunden sind, kommen das subjektive Erleben und Empfinden hinzu. Einkommensarme Menschen empfinden bei gesellschaftlichen Kontakten häufiger Schamgefühle als nicht einkommensarme Menschen (18,4% zu 12,7%). Sie fühlen sich öfter von oben herab behandelt, ausgeschlossen und nicht beachtet. Auch haben sie häufiger den Eindruck, ihr Leben nicht selbst zu gestalten: Es fehlt ihnen an Autonomie und Handlungsmacht. (SILC 2023-Zusatzmodul).

Heft Armut in der Schweiz im Überblick

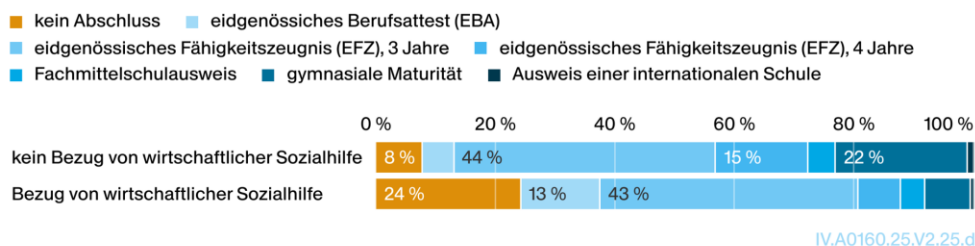
Bildung und
Armut –
Prävention im
Lebensverlauf

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen – soziale Herkunft als Weichensteller

In der Schweiz besteht ein klarer Zusammenhang zwischen den finanziellen Mitteln eines Haushalts und den Bildungsergebnissen der Kinder. So erreichen beispielsweise Kinder aus Haushalten mit Bezug von wirtschaftlicher Sozialhilfe dreimal häufiger keinen nachobligatorischen Abschluss als Kinder aus Haushalten ohne wirtschaftliche Sozialhilfe – und dreimal seltener eine gymnasiale Maturität.

Abschluss auf Sekundarstufe II nach Bezug wirtschaftlicher Sozialhilfe des Elternhauses

Erreichter Abschluss auf Sekundarstufe II bis zum 25. Lebensjahr



Bemerkung: Der Bezug der wirtschaftlichen Sozialhilfe bezieht sich auf den Zeitraum, als die Person 15 Jahre alt war.

Quelle: BFS – LABB/Strukturerhebung/Sozialhilfestatistik, © BSV 2025

Frühe Kindheit: Startunterschiede mit langer Wirkung

Sowohl in der Forschung als auch in der politischen Diskussion besteht ein breiter Konsens, dass die Phase der frühen Kindheit zentral ist. In den ersten vier Lebensjahren wird der Grundstein für die weitere Entwicklung gelegt. Gleichzeitig gibt es im Bereich der frühen Kindheit in der Schweiz keine nationale Koordination und die Angebote unterscheiden sich je nach Kanton und Gemeinde.

Schulsystem – eine Institution für alle Kinder

Die Schule hat ein grosses Potenzial, die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Aufgrund der Schulpflicht nehmen alle Kinder – unabhängig ihrer sozialen Herkunft – an diesem Bildungsangebot teil. Auf der Ebene der Ausgestaltung des Schulsystems rückt in Bezug auf die Chancengerechtigkeit die frühe Selektion auf der Sekundarstufe I in den Fokus. Die Forschung zeigt, dass das zugeteilte Anforderungsprofil einen massgeblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg sowie die Kompetenzentwicklung hat. Weiter verdichten sich die Forschungsergebnisse, dass eine frühe Selektion einen negativen Effekt auf die Chancengerechtigkeit hat und die Zuteilung bei vergleichbaren Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler von der sozialen Herkunft der Kinder mitbeeinflusst wird. Ein weiterer relevanter Faktor ist die soziale Zusammensetzung der Klassen: fehlende soziale Durchmischung in den Schulen trägt zu weniger Chancengerechtigkeit bei.

Personen ohne Abschluss auf Sekundarstufe II

9,6% der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren ohne nachobligatorische Ausbildung sind von Armut betroffen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in diesem Alter (6,6%) haben sie ein grösseres Armutsrisiko. Am tiefsten ist das Armutsrisiko bei Personen mit einem Abschluss auf Tertiärstufe (5,6%).

Rund 10% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreichen bis zum Alter von 25 Jahren keinen Abschluss auf Sekundarstufe II. Damit wird das bildungspolitische 95%-Ziel von Bund und Kantonen nicht erreicht. Da Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss ein erhöhtes Armutsrisiko haben, ist dies auch aus armutspolitischer Sicht relevant. Bereits gut bekannt war, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund mit rund 85% tiefere Abschlussquoten als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (92%) haben. Neue Analysen zeigen, dass auch Jugendliche aus Haushalten mit tiefen Erwerbseinkommen (87%) sowie aus Familien mit Sozialhilfebezug (76 %) deutlich tiefere Abschlussquoten aufweisen.

Rund 14% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren verfügen über keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss. Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren sowie die erste Migrationsgeneration sind überdurchschnittlich oft betroffen.

Knapp 30% der Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren haben in mindestens einem Bereich (adaptives Problemlösen, Alltagsmathematik oder Lesekompetenzen) geringe Kompetenzen. Geringe Kompetenzen gehen vermehrt mit einem tiefen Erwerbseinkommen und einem erhöhten Risiko von Erwerbslosigkeit einher. Dadurch steigt auch die Gefahr, von Armut betroffen zu sein.

Heft [Bildung und Armut in der Schweiz](#)

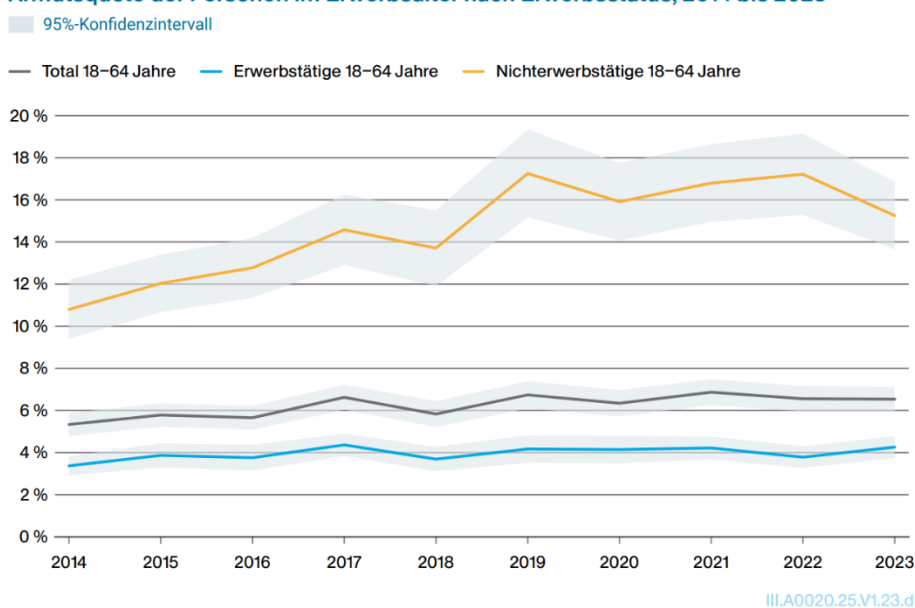
Zentraler Schutz gegen Armut

Erwerbsarbeit ist in der Schweiz das zentrale Mittel zur Vermeidung von Armut. Die Möglichkeit, unter fairen Bedingungen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ist dabei nicht nur entscheidend für die materielle Sicherung, sondern auch für soziale und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Schutzwirkung von Erwerbsarbeit ist hoch und in den letzten Jahren stabil geblieben: Während die Armutsquote von Nichterwerbstätigen zwischen 2014 und 2023 von rund 11% auf bis zu 17% anstieg, blieb sie bei Erwerbstätigen konstant bei etwa 4%.

Allerdings schützt nicht jede Form von Erwerbstätigkeit automatisch vor Armut. Als Working Poor gelten hier Personen im Alter von 18–64 Jahren, die im Jahr vor der Erhebung in mehr als der Hälfte der Monate gearbeitet haben, deren Haushaltseinkommen aber trotzdem unter der Armutsgrenze liegt. Im Jahr 2023 waren dies rund 168 000 Erwerbstätige. Rechnet man die mitbetroffenen Haushaltsangehörigen hinzu, leben insgesamt etwa 300 000 Personen – darunter rund 78 000 Kinder – in Haushalten mit Erwerbsarmut.

Armutsquote der Personen im Erwerbsalter nach Erwerbsstatus, 2014 bis 2023



Bemerkung: Erwerbstätige (Nichterwerbstätige) sind hier definiert als 18 bis 64-jährige Personen, die im Vorjahr der Erhebung in mehr (weniger) als der Hälfte der Monate einer selbstständigen oder unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen. Personen mit Angaben für weniger als 7 Monate sind aus der Analyse ausgeschlossen.

Lesbeispiel: Die Armutsquote der Nichterwerbstätigen zwischen 18 und 64 Jahren liegt im Jahr 2023 bei 15,3 %, wohingegen die Armutsquote der Erwerbstätigen bei 4,3 % liegt.

Quelle: BFS – SILC 2014–2023, © BSV 2025

Wer ist besonders gefährdet?

Erwerbstätige in nicht regulären Normalarbeitsverhältnissen sind unter den Working Poor übervertreten und weisen ein erhöhtes Armutsrisiko auf. Dazu gehören Personen in befristeten oder atypischen Beschäftigungen – etwa Teilzeit, Arbeit auf Abruf oder mit atypischen Arbeitszeiten (Abend-, Nacht-, Wochenendarbeit). Auch Soloselbstständige und Beschäftigte in kleinen Betrieben weisen ein erhöhtes Armutsrisiko auf. Analysen weisen drauf hin, dass atypisch Beschäftigte tiefere Stundenlöhne erzielen als Normalbeschäftigte – selbst innerhalb vergleichbarer Einkommensbereiche. Zusätzlich nehmen sie seltener an Weiterbildungen teil.

Haben Frauen ein höhere Armutsrisiko?

Obwohl Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen übervertreten sind und schlechtere Karriere- und Lohnchancen haben, tragen sie statistisch betrachtet kein höheres Risiko der Erwerbsarmut. Da in der Armutsmessung das gesamte Haushaltseinkommen berücksichtigt wird, treten individuelle Nachteile weniger stark hervor – ein Befund, der als «Genderparadox der Erwerbsarmut» bezeichnet wird. Die Literatur sowie Analysen des Monitorings zeigen auch: Trennt sich ein Haushalt, entstehen dadurch für Frauen höhere Armutsrisiken als für Männer.

Erwerbsspensum als wichtiger Faktor

Ein erheblicher Teil der erwerbsarmen Personen arbeitet in Teilzeit – teils unfreiwillig. Diese Unterbeschäftigten wären bereit und in der Lage, ihr Pensum zu erhöhen, finden dafür aber keine passende Stelle. Frauen sind davon häufiger betroffen als Männer, was auf segmentierte Arbeitsmärkte hinweist, in denen eine Ausweitung des Erwerbsspensums nicht immer möglich oder vorgesehen ist. Auch strukturelle Hindernisse können eine Erhöhung des Pensums verhindern: fehlende oder unflexible Kinderbetreuung, starre Arbeitsbedingungen, segmentierte Arbeitsmärkte oder traditionelle Rollenbilder, die nicht nur Paarbeziehungen sondern auch das Verhalten von Arbeitgebern mitprägen. Das Armutsrisiko von Personen, die überwiegend in Teilzeit arbeiten, ist mit 5,8% gut doppelt so hoch wie jenes von Personen, die in Vollzeit arbeiten (2,8%).

Erhöhen Berufe mit Tieflohn das Armutsrisiko?

In Berufen mit Tieflohn ist das Armutsrisiko erhöht, doch eine Working-Poor-Situation ist nicht automatisch mit einem Tieflohn gleichzusetzen³. Je nach Erwerbsspensum und Haushaltsgrösse ist es möglich, dass auch ein Erwerbseinkommen oberhalb des Tieflohniveaus den Mindestbedarf des Haushalts nicht deckt. Umgekehrt können Tieflohnbeziehende von Armut verschont sein, wenn der Haushaltbedarf relativ gering ist oder wenn weitere Einkommen dazukommen (z.B. Erwerbseinkommen des Partners oder der Partnerin). Tatsächlich zeigt die Literatur, dass nur eine Minderheit der Tieflohnbeziehenden armutsbetroffen ist. Im internationalen Vergleich ist der Anteil von Tieflohnstellen in der Schweiz zudem relativ gering und liegt stabil bei rund 10%. Gesamtarbeitsverträge (GAV) mit Mindestlöhnen gelten als zentrale Massnahme für den Lohnschutz in der Schweiz.

Heft Erwerbsarbeit und Armut in der Schweiz

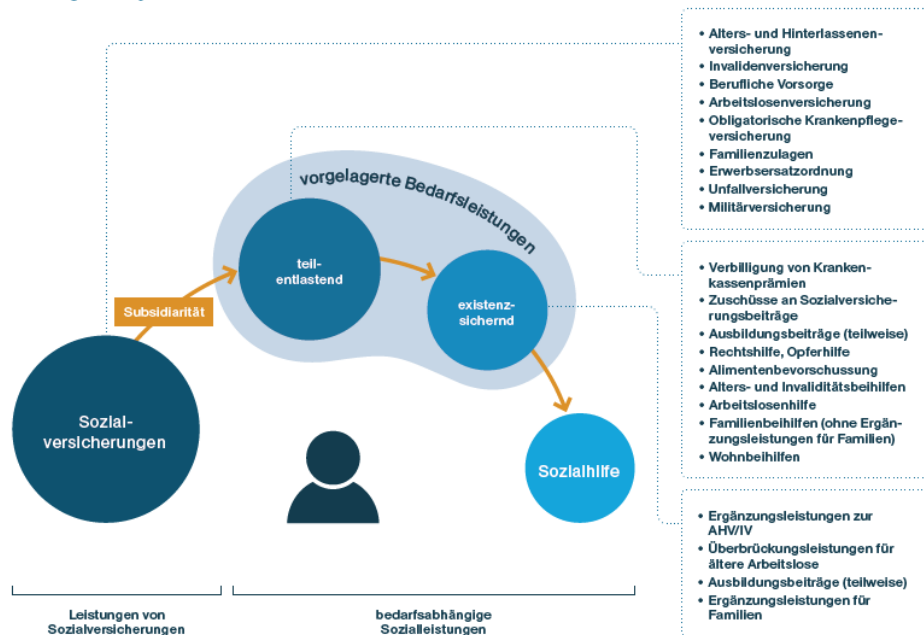
Materielle
Existenz-
sicherung

Rückgrat der Armutsbekämpfung

Wenn das Einkommen nicht ausreicht, um das soziale Existenzminimum zu decken, greifen in der Schweiz verschiedene Instrumente der materiellen Existenzsicherung. Grundsätzlich sind zwei Arten von finanziellen Sozialleistungen zu unterscheiden: Sozialversicherungen schützen alle Versicherten gleichermassen vor wirtschaftlichen Risiken wie beispielsweise Erwerbsausfällen (z. B. Arbeitslosenversicherung, Altersvorsorge) oder krankheits- und unfallbedingten Ausgaben. Bedarfsabhängige Sozialleistungen dagegen richten sich einzig an Haushalte mit bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen (z. B. Sozialhilfe, Verbilligung von Krankenkassenprämien). Dazu kommen weitere Instrumente wie steuerliche Entlastungen von finanzschwachen Haushalten und soziale Sachtransfers (z. B. öffentliches Bildungswesen, abgestufte Kita-Tarife). Während für die Sozialversicherungen in erster Linie der Bund zuständig ist, sind die übrigen Instrumente der materiellen Existenzsicherung stark durch Kantone und Gemeinden geprägt. Gemeinnützige Organisationen leisten ebenfalls punktuelle und flexible materielle Unterstützung. Insgesamt betrachtet, stehen im Zentrum ihrer Tätigkeiten die Beratung und persönliche Hilfe.

³ Ein Tieflohn entspricht zwei Dritteln des standardisierten Bruttomedianlohnes. In 2024 sind das 4683 Franken für ein Vollzeitpensum mit 40 Stunden (2022: 4525 Fr.).

Leistungen im System der sozialen Sicherheit



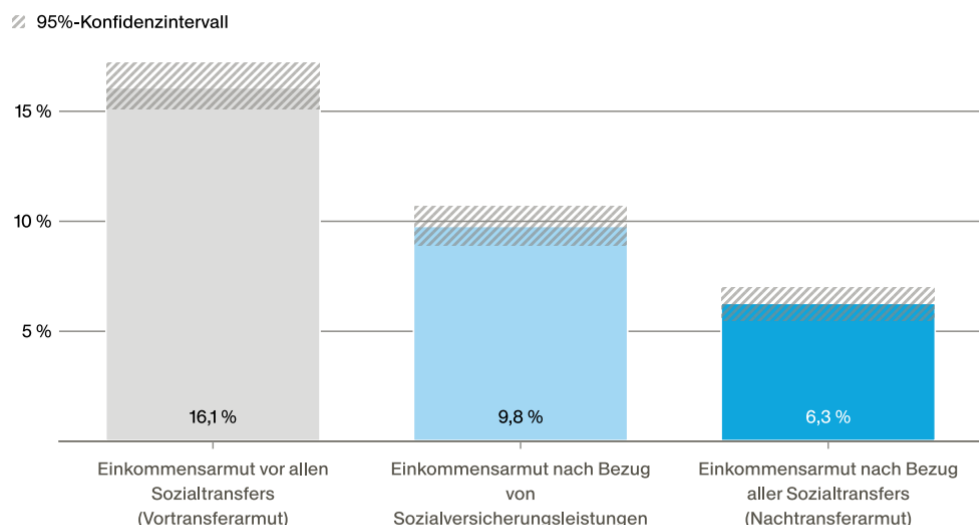
II.A0020.25V1.00.d

Wie reduzieren Sozialversicherungen die Armut?

Sozialversicherungen verfolgen in der Regel nicht das ausdrückliche Ziel, Armut zu bekämpfen. Ihre Aufgabe besteht darin, finanzielle Einbussen zu kompensieren, die mit bestimmten Lebensereignissen verbunden sind (z. B. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Tod des Partners oder der Partnerin). Faktisch tragen Sozialversicherungen aber sehr viel zur Armutsreduktion bei: Ohne jegliche Sozialleistungen wären 16% der ständigen Wohnbevölkerung in Haushalten ohne Altersrenten von Armut betroffen. Die Leistungen der Sozialversicherungen reduzieren diese Quote um 6 Prozentpunkte, die Bedarfsleistungen um weitere 4 Prozentpunkte.

Der Anteil der Bevölkerung, der von der Sozialhilfe unterstützt wird, war von Anfang der 1970er-Jahre bis Mitte der 2000er-Jahre stark gestiegen. Seither ist die Sozialhilfequote durch eine relativ grosse Stabilität gekennzeichnet und bewegt sich um 3%. In der jüngeren Vergangenheit ist die Tendenz sinkend, unter anderem dank einer günstigen Arbeitsmarktlage (2023: 2,8%).

Vor- und Nachtransferarmut von Personen in Haushalten ohne Altersrenten, 2023



II.A0050.25.V5.23.d

Quelle: BFS – SILC 2023, © BSV 2025

Nichtbezug von Sozialleistungen

Ungefähr 20 bis 40% der Personen, die Anspruch auf bedarfsabhängige Sozialleistungen haben, lösen diesen nicht ein – beispielsweise aus Scham, Unwissen oder wegen administrativer Hürden. Das schränkt die angestrebte Wirkung ein oder verweist darauf, dass die Leistungen nicht optimal konzipiert sind. Auch besteht die Gefahr, dass sich damit Ungleichheiten unter den Schwächsten der Gesellschaft vergrössern.

Heft Materielle Existenzsicherung in der Schweiz

Grundlagen und
Methodik

Ein Nationales Armutsmonitoring - Auftrag, Ziele und Umsetzung

Die im Juni 2020 überwiesene Motion 19.3953 der WBK-S beauftragte den Bundesrat, ein regelmässiges Monitoring der Armut in der Schweiz einzurichten. Ziel ist es, Bund, Kantonen, Gemeinden sowie weiteren Akteuren in der Armutsprävention und -bekämpfung steuerungsrelevantes Wissen bereitzustellen. Alle fünf Jahre werden die Ergebnisse in einem Bericht veröffentlicht, der vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik (BFS) und unter breit abgestütztem Einbezug von Fachleuten aus Verwaltung, Wissenschaft und Praxis erarbeitet wird.

Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC)

Die zentrale Datengrundlage des ersten Berichts ist die Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC), die jährlich rund 19 000 Personen in 9000 Haushalten umfasst. SILC liefert repräsentative Ergebnisse zur ständigen Wohnbevölkerung und enthält detaillierte Informationen zu Einkommen und weiteren armutsrelevanten Faktoren.

Da nationale Steuerdaten fehlen, können weder die darin enthaltenen Vermögensinformationen genutzt noch längere Verlaufsdatensätze aufgebaut werden. Entsprechend konzentriert sich die aktuelle Armutsmessung auf Einkommensarmut. Allerdings sind Längsschnittanalysen auf maximal vier Jahre beschränkt.

Bestimmte Personengruppen werden in SILC aufgrund methodischer Grenzen und geringer Fallzahlen nicht oder nur unzureichend erfasst: Personen mit Asylhintergrund (Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen) mit weniger als zwölf Monaten Aufenthalt in der Schweiz, Sans-Papiers, obdachlose Personen sowie Bewohnerinnen und Bewohner von Kollektivhaushalten (z. B. Altersheime). Aussagen zu diesen Gruppen stützen sich auf ergänzende Datenquellen oder bestehende Forschung.

Weitere Informationen über Forschungsgrundlagen | Armutsmonitoring der Schweiz

Sprachversionen dieses Dokuments:

Fiche d'information « 2025 : premier Monitoring national de la pauvreté »
Scheda informativa "2025: primo monitoraggio della povertà a livello nazionale"

Weiterführende Informationen:

www.armutsmonitoring.ch

Kontakt

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Kommunikation
+41 58 462 77 11
kommunikation@bsv.admin.ch